

Preis: 0,50 €  
Förderpreis: 1 €

# Neue Partei für Beschäftigte, Erwerbslose, Jugendliche und RentnerInnen aufbauen



Brauchen wir eine neue Partei? Die Frage sollte man anders stellen: Warum haben wir noch immer keine neue Partei? Heute haben wir nur die Wahl zwischen Pest und Cholera

In den letzten Monaten entstanden mehrere Initiativen für den Aufbau von Wahlalternativen zum Einheitsbrei der etablierten Parteien. Von überregionaler Bedeutung sind die „Wahlalternative“ und die Initiative „Arbeit und soziale Gerechtigkeit“, an denen sich vor allem Funktionäre von ver.di und IG Metall beteiligen. Diese beiden Initiativen haben sich inzwischen zusammengetan. In Chemnitz, Sachsen, haben Betriebsräte und der örtliche IG-Metall-Bevollmächtigte die „Wahlalternative Perspektive“ gegründet. Außerdem treten einige weitere linke Wahlbindnisse bei den anstehenden Kommunalwahlen an.

Für die SAV ist der Aufbau einer neuen Partei längst überfällig – schon lange vor der Agenda 2010. Unserer Meinung nach muss die neue Partei eine Arbeiterpartei sein.

von Georg Kümmel, Köln

Was verstehen wir unter einer Arbeiterpartei? Eine Partei, die kompromisslos die Interessen aller Arbeiterinnen und Arbeiter vertritt: IndustriearbeiterInnen, Angestellte, die meisten Beamten – alle, die gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen.

Ein Problem ist, die meisten können sich unter einer Arbeiterpartei nicht vorstellen. Kein Wunder, denn die Zeiten, als die SPD eine Arbeiterpartei war, liegen im vorletzten Jahrhundert. Fast das ge-

samte letzte Jahrhundert war sie nur noch eine Partei mit Arbeiterbasis aber bürgerlicher Führung. Heute ist sie eine durch und durch kapitalistische Partei. Das sagt sie natürlich nicht und liegt damit auch in diesem Punkte auf einer Linie mit CDU / CSU, FDP und Grünen. Alle tun so, als suche man nach der richtigen Politik zum Wohle des ganzen Volkes, für Unternehmer und Beschäftigte.

Man streitet sich nur noch darum, ob man den Spitzensteuersatz in zwei oder drei Schritten senkt oder ob man die Arbeitszeit erst auf 41 oder gleich auf 42 Stunden erhöht. Alle sagen: am Ende, wenn die „Reformen“ ihre Wirkung entfaltet haben, winken bessere Zeiten – und zwar für alle. Doch das Ergebnis ist das Gegenteil: die Wirtschaft stagniert oder rutscht noch tiefer in die Krise, die Arbeitslosigkeit steigt, die Reichen werden reicher, alle anderen ärmer.

## Klassengesellschaft

In Wahrheit machen die etablierten Parteien nämlich ihre Politik nur im Interesse eines kleinen Teils der Bevölkerung. Im Interesse der Besitzenden, der Banken, Konzerne, Großaktionäre, Millio-

näre, Milliardäre. Die Interessen dieser Schicht, genauer dieser Klasse, sind aber den Interessen der Beschäftigten, Erwerbslosen, Armen entgegengesetzt.

Die Behauptung, dass das nicht so wäre, stand am Beginn der Rechtsentwicklung von SPD, Grünen und PDS.

Unsere Gesellschaft ist geteilt, im wesentlichen in zwei Klassen mit unterschiedlichen Interessen, die man nicht unter einen Hut bringen kann. Streik für höhere Löhne, Finanzierung des Gesundheitswesens und der Rente, die Frage der Besteuerung; das sind kein Streitfragen um den besten Weg für beide Seiten. Es ist ein Streit um die Frage: wer bekommt welchen Anteil von dem, was die Beschäftigten erwirtschaftet haben.

Aus dieser Erkenntnis, dass nämlich die ArbeiterInnen ihre Interessen haben und die Unternehmer ganz andere, ist ja die SPD als Arbeiterpartei gegründet worden.

Eine Partei, die von sich behauptet die Interessen aller Teile unserer Gesellschaft zu vertreten, ist ein Widerspruch in sich. Partei kommt von pars, dem Teil. In einer geteilten Gesellschaft kann keine Partei und hat noch nie eine

Partei zum Wohle aller gehandelt.

## Aufgaben einer neuen Partei

Die breite Masse der Bevölkerung hat keine politische Interessenvertretung. Bei öffentlichen Debatten, in den Medien und bei Abstimmungen in den Parlamenten kommen die Bedürfnisse, Anliegen und Nöte der Beschäftigten, Erwerbslosen und ihrer Angehörigen nicht vor. In welcher Zeitung, Talkrunde, Parlamentsdebatte hat jemand die Tatsache bekannt gemacht, dass ein Einkommensmillionär durch die weitere Senkung des Spitzensteuersatzes ab nächstem Jahr 8.800 Euro im Monat geschenkt bekommt, während Arbeitslosenhilfebezieher ab dem selben Zeitpunkt von 345 (West) beziehungsweise 331 Euro (Ost) im Monat leben sollen?

Was müsste, was könnte eine neue Partei tun? Sie müsste zu aller erst mal die Interessen der breiten Mehrheit zum Ausdruck bringen. Sie müsste eine umfassende Antwort auf die neoliberale Ideologie anbieten.

Sie müsste Alternativen zur jetzigen Politik aufzeigen. Sie sollte in ihren Reihen über gesellschaftliche Alternativen zum kapitalistischen Krisensystem diskutieren. Die Mitglieder einer neuen Partei soll-

ten auf regelmäßigen Treffen über politische Fragen sprechen und Antworten erarbeiten. Sie könnte ihre Gegenvorschläge bekannt machen: unter Kolleginnen und Kollegen am Arbeitsplatz, im Bekanntheitskreis, vor dem Arbeitsamt, an Infoständen in den Stadtteilen. Sie könnten ihre Argumente und Alternativen in Betriebsversammlungen, auf Vertrauensleutekonferenzen und Gewerkschaftsversammlungen vorbringen. Sie sollte bei allen Wahlen kandidieren und damit den gordischen Knoten (verliert die SPD, dann gewinnt die CDU) zerschlagen.

Sie müsste gesellschaftliche Gegenmacht aufbauen und Druck erzeugen. Sie sollte selbst zu einer Kraft in den Kämpfen in der Gesellschaft, zum vorwärtstreibenden Teil von Protestbewegungen und Klassenkämpfen werden.

Die SAV ist der Ansicht, dass diese Fragen von zentraler Bedeutung für die Zukunft des Projektes „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ sind. Nur wenn der Widerstand gestärkt wird, die heutigen Machtverhältnisse grundlegend in Frage gestellt werden und ArbeiterInnen und Jugendliche in großer Zahl einbezogen sind, dann könnten die Privatisierer, Derogulierer und Umverteiler auf Dauer erfolgreich geschlagen werden.

In welcher Zeitung, Talkrunde, Parlamentsdebatte hat jemand die Tatsache bekannt gemacht, dass ein Einkommensmillionär durch die weitere Senkung des Spitzensteuersatzes ab nächstem Jahr 8.800 Euro im Monat geschenkt bekommt, während Arbeitslosenhilfebezieher ab dem selben Zeitpunkt von 345 (West) beziehungsweise 331 Euro (Ost) im Monat leben sollen?



Klaus Ernst bei einer Kundgebung gegen Sozialabbau am 9. Dezember 2003 vor 5.000 Beschäftigten

Du hast in Schweinfurt in den vergangenen Jahren Protestkundgebungen während der Arbeitszeit organisiert. Wie war die Resonanz?

Die Resonanz war sehr gut. Bereits im Dezember 2002 haben Kolleginnen und Kollegen der Betriebe SKF, Kugelfischer und Sachs auf den Aufruf der IG Metall Schweinfurt hin gegen die Rentenpläne der rot-grünen Bundesregierung während der Arbeitszeit protestiert. Im Juni haben wir dann Protestkundgebungen gegen die Agenda 2010 und im Frühjahr 2004 gegen die Agenda 2010 und zusätzlich gegen die Angriffe auf die Tarifautonomie durchgeführt. Die Beteiligung der Beschäftigten der drei Betriebe war jedes Mal ausgezeichnet. Es beteiligten sich immer 4.000 bis 5.000 Kollegen.

Unsere Aktionen würde ich nicht als poli-

## „Wir brauchen eine Partei, die die Interessen der Gewerkschafter wieder vertritt“

Interview mit Klaus Ernst, 1. Bevollmächtigter der IG Metall Schweinfurt und einer der Initiatoren der ASG („Arbeit und soziale Gerechtigkeit“). Das Gespräch führte Lucy Redler am 4. Mai

tische Streiks, sondern als Protestkundgebungen bezeichnen. Wenn es damit rechtliche Probleme gibt, muss man entweder die geltende Rechtsprechung ändern oder sie umgehen, indem eben nicht die Gewerkschaft zum Protest aufruft, sondern eine Arbeitsniederlegung von unten organisiert wird.

Steht ein Generalstreik gegen die rot-grünen „Reform“-Vorhaben oder gar gegen die Regierung selbst in Deutschland auf der Tagesordnung?

Vor dem Begriff des Generalstreiks würde ich warnen. Wahrscheinlich würde ein solcher Aufruf nicht in allen Betrieben flächendeckend befolgt werden. Dies könnte dann gegen uns benutzt werden. Deshalb sollten wir versuchen, in all den Betrieben, in denen wir Arbeitsniederlegungen für möglich halten, und das könnten viele sein, aufzurufen und bundesweit zur selben Zeit Protestkundgebungen durchzuführen.

Generell geht es jetzt erstens darum, die Massenbasis auszudehnen, den Druck auf die Bundesregierung zu erhöhen und Arbeitsniederlegungen oder auch eine bundesweite Großdemo durchzuführen. Zweitens ist es wichtig, stärker unsere politischen Inhalte und Alternativen zu diskutieren. Drittens müssen wir aber sehen, dass wir, wenn die Politik der SPD sich nicht ändert, eine neue Partei brauchen, die die Interessen der Gewerkschaften wieder vertritt. Diese drei Punkte könnten mehr bewirken als nur ein Punkt davon und wären die Voraussetzung dafür, dass eine politische Alternative möglich wird.

Du hast vor kurzem mit anderen die „Initiative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ gegründet. Ihr behaltet Euch vor, eine neue Partei links von SPD und Grünen zu gründen.

Mit dem „links von SPD“ und den alten Schemata links / rechts habe ich gene-

rell Probleme. Was wir wollen, ist eine neue Partei, die im Interesse der Arbeitnehmer und des Landes ist, die das Sozialstaatsprinzip neu belebt und verteidigt. Eine solche Partei spricht aber nicht nur Menschen links von der SPD an, sondern selbst CDUler. Die Themen Sozialstaat und soziale Gerechtigkeit sind nicht links, sondern treffen die Mitte der Gesellschaft.

Ihr wollt also keinen Klassenstandpunkt beziehen?

Doch, natürlich. Die Angriffe betreffen ja in erster Linie Arbeitnehmer. Wir wollen aber trotzdem möglichst viele Menschen einbeziehen.

Wie schätzt Du die Rückwirkung einer solchen Partei-Neugründung auf die Politik der Gewerkschaften ein?

Gewerkschaften müssen parteipolitisch neutral, also eigenständig und unabhängig sein. Für die Gewerkschaften würde es

aber leichter sein, wenn es eine Partei gebe, die soziale, gewerkschaftliche Themen öffentlich anspricht. Eine solche Partei könnte ein besserer Bündnispartner sein.

Würde dies den Prozess des Bruchs der Gewerkschaften mit der SPD beschleunigen?

Die SPD ist genau wie die CDU nicht homogen. Teile der SPD-Basis lehnen den Kurs der Parteispitze ab, verbleiben aber trotzdem in der SPD. Andere unterstützen den Kurs aber auch. Die SPD wird sich in Zukunft bemühen müssen, wieder zurück zu ihren Traditionen zu gelangen. Im nächsten halben Jahr ist nicht davon auszugehen, dass sich die Politik der SPD wesentlich ändert. Deshalb erscheint die Gründung einer neuen Partei notwendig. Es kann dann Jahre oder vielleicht sogar ein Jahrzehnt dauern, bis die SPD wieder glaubwürdig werden und sich in Richtung Sozialstaatlichkeit bewegen würde.



Schizophrenie à la PDS: Europa-Wahlkampf unter dem Motto „Sozial wählen“, gleichzeitig Sozialkahlschlag in Berlin: Kürzungen bei der Bildung (Abschaffung der Lernmittelfreiheit, Studiengebühren, Erhöhung der Kita-Gebühren etc.) oder im Sozialbereich (Streichung vom Sozialticket, Privatisierung städtischer Wohnungen etc.), darüber hinaus Demontage des Flächentarifvertrags...

# Good bye, Gregor

PDS – Über das Scheitern einer trügerischen Hoffnung

Lothar Bisky, PDS-Bundesvorsitzender, und Gregor Gysi, immer noch bekanntester PDS-Politiker, können sich trösten: Die PDS hat es geschafft, sie hat die Aufholjagd an die SPD fast gewonnen. Zwar nicht hinsichtlich der Wahlergebnisse, aber zumindest hinsichtlich der prozentualen Verlustraten bei der Mitgliederentwicklung. Alleine im ersten Quartal 2004 verlor die PDS alleine durch Austritte schätzungsweise rund 1.800 Mitglieder. Bereits im letzten Jahr verließ nahezu die gesamte „Arbeitsgemeinschaft Betrieb und Gewerkschaft“ des Düsseldorfer PDS-Kreisverbandes die Partei, in Bremen trat faktisch fast der gesamte ehemalige Landesvorstand aus.

von Jörg Fischer, Köln

Überraschen kann diese Entwicklung nicht, ebenso wenig, dass die PDS bei den brandenburgischen Kommunalwahlen rund 42 Prozent der WählerInnen verloren hat und auch bei den Wahlen in Hamburg dort, wo sie unter eigenem Namen antrat, völlig unterging.

Die PDS verliert nicht nur in immer größerem Ausmaß Mitglieder, sie wird von den Menschen, die immer stärker in Bewegung geraten und auf der Suche nach einer Alternative sind, nicht als eine solche zu den herrschenden neoliberalen Einheitsparteien angesehen.

## Antikapitalistisch?

Entgegen allen Wünschen und Hoffnungen vieler, die in und bei der PDS aktiv waren, war die PDS nie eine tatsächliche grundlegende Alternative zu den Parteien der Banken und Konzerne. Sicher gab es, gerade in den ersten Jahren und gerade in den westlichen Verbänden, positive Ansatzpunkte. Gleichwohl hatte die Partei zu keinem Zeitpunkt einen klaren Bruch mit ihrer SED-Vorgängerpartei und auch nicht mit dem kapitalistischen System vollzogen.

Das neue Programm bringt es noch deutlicher als das alte zum Ausdruck: Für die PDS ist der Sozialismus, also eine sozial gerechte und emanzipatorische Gesellschaft, keine Alternative zur kapitalistischen, auf Ausbeutung und Ausgrenzung beruhenden Gesellschaft. Für sie ist Sozialismus eine nebulöse „Vision“, eine schwammige „Bewegung“ innerhalb des Kapitalismus – aber nicht um ihn zu überwinden, sondern um ihn „humaner zu gestalten“. Gleichzeitig bekennt sie sich zu

„unternehmerischem Handeln“ und dazu, dass „alle sparen müssen“, also auch Sozialhilfeberechtigte, RentnerInnen, Beschäftigte, Erwerbslose und so weiter.

## Regierungspolitik

Diese programmatische Ausrichtung findet ihre praktische Auswirkung in der realen PDS-Politik. Die Politik der PDS in der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern und vor allem im Berliner Senat ist logisch, konsequent und folgerichtig im Sinne ihres eigenen Programms, das in der Logik des Kapitalismus verhaftet ist und diese bejaht. Gerade in Berlin ist die PDS heute zu einem Synonym für Sozialraub geworden – Kürzung des Blindengeldes um 30 Prozent, Streichung des Sozialtickets im öffentlichen Personennahverkehr, Kita-Gebührenerhöhungen, Arbeitszeitverlängerung im öffentlichen Dienst bei gleichzeitiger Lohnkürzung sind die Ergebnisse des SPD/PDS-Senats, bei gleichzeitiger Risikoabsicherung für Spekulanten („Schweinefondsbesitzer“).

## Innerparteiliche Opposition?

Der zweite wichtige Aspekt ist, dass in der PDS in der Realität nicht die Mitglieder das Sagen haben, sondern der bürokratische Apparat der hauptamtlichen Funktionäre, ein „Küchenkabinett“ weniger „führender Funktionäre“ – ohne demokratische Legitimation und Kontrolle durch die Basis. Sie lenken die Partei an der Basis vorbei und kontrollieren die Medien und Informationsmöglichkeiten innerhalb der Partei.

Ein grundlegender Kurswechsel ist nicht zu erwarten. Die letzten Parteitage, ob im Bund oder zum Beispiel in Berlin, haben gezeigt, dass die Parteispitze sicher im Sattel sitzt. Kritische Mitglieder wenden sich individuell von der PDS ab. Die Opposition ist zu schwach und perspektivlos, um einen entschlossenen Kampf gegen die heutige Ausrichtung aufzunehmen.

Aufgrund ihrer inneren Verfasstheit, ihrer programmatischen Ausrichtung und ihrer politischen Praxis bietet die PDS den Menschen keine Perspektive. Im Kampf für eine gerechtere Gesellschaft hat sie keine Alternativen zu den herrschenden Zuständen und verfügt über keine Strategien zu deren Veränderung.

Jörg Fischer ist Kandidat des Kölner Wahlbündnis „Gemeinsam gegen Sozialraub“ zu den im September stattfindenden Kommunalwahlen. Bis Dezember 03 war Jörg Fischer Mitglied der PDS und wurde dann Mitglied der SAV.

# Warum wir die SAV aufbauen

Über das Verhältnis der SAV zur neuen Linkspartei

Seit Mitte der neunziger Jahre tritt die SAV für den Aufbau einer neuen Partei für die arbeitende und erwerbslose Bevölkerung ein. Schon zu diesem Zeitpunkt, lange vor dem Amtsantritt der Schröder-Fischer-Regierung, der rot-grünen Kriegsbeteiligung und der Agenda 2010 waren wir der Meinung, dass wirkliche Veränderungen im Interesse der Lohnabhängigen mit der SPD und in der SPD nicht mehr zu machen sind. Für uns stellte die PDS ebenfalls keinen Ansatzpunkt für eine gesamtdeutsche Partei dar, die konsequent für Beschäftigte, Erwerbslose, Jugendliche und RentnerInnen Partei ergreift und gemeinsam mit ihnen gegen die neoliberale Kürzungspolitik ankämpft.

von Aron Amm, Berlin

Die Zukunft der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit ist offen. Die SAV bringt sich aktiv in die Debatten über politische Ausrichtung, Programmatik und Aufbaufragen ein. Falls dieses Projekt relevante Kräfte unter ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen anspricht und einbezieht, dann werden sich SAV-Mitglieder in einer solchen neuen Formation engagieren. Gleichzeitig werden wir aber weiterhin die SAV aufbauen und diese Arbeit mit aller Kraft fortsetzen.

Für die SAV besteht der Ausgangspunkt unserer Politik in der Erkenntnis, dass die kapitalistischen Grundwidersprüche der heutigen brennenden Probleme sind.

Alle etablierten Parteien versprechen uns vor der Wahl, die Arbeitslosigkeit zu senken, die Lebensbedingungen zu verbessern und der Umweltzerstörung Einhalt zu gebieten. Nach der Wahl entpup-

pen sich diese Ankündigungen als leere Versprechen. Wir erleben sogar das Gegenteil, ganz gleich welche Partei die Regierungsgeschäfte übernimmt.

## Kapitalismus

Das hat System. Das System heißt Kapitalismus. Dieses Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, das immer Ausbeutung und soziale Ungerechtigkeit bedeutet, steckt heute weltweit in einer tiefen Krise. Die SAV ist davon überzeugt: Erst wenn die kapitalistische Marktwirtschaft überwunden ist, werden Massenarbeitslosigkeit, Armut, Kriege und der Raubbau an der Natur der Vergangenheit angehören.

Um Profitstreben und Marktkonkurrenz zu beseitigen, müssen Wissenschaft und Technik planmäßig und den Interessen von Mensch und Umwelt entsprechend eingesetzt werden. Das wird nur zu verwirklichen sein, wenn die Wirtschaft von der großen Mehrheit der Bevölkerung kontrolliert wird.

Kontrollieren lässt sich allerdings nur das, was einem gehört. Aus diesem Grund tritt die SAV für die Überführung der Banken und Konzerne in Gemeineigentum bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitenden Menschen ein. An die Stelle der Marktwirtschaft sollte eine demokratische (nicht eine, wie im Ostblock, von einer privilegierten Clique beherrschte bürokratische) Planwirtschaft treten.

## Sozialistische Planwirtschaft

Um den Kapitalismus abzuschaffen und um eine sozialistische Demokratie zu erkämpfen, bedarf es einer revolutionär-sozialistischen Partei, die eine Massenbasis unter ArbeiterInnen und Jugendlichen hat. Das ist das Ziel, das sich die SAV auf die Fahnen geschrieben hat. Gemein-

sam mit unseren Schwesterorganisationen, mit denen wir im CWI (englische Abkürzung für Komitee für ein Arbeiterinternationale) organisiert sind, wollen wir international solche Parteien aufbauen.

Wir kämpfen gegen ganz konkrete Verschlechterungen und engagieren uns aktiv für Reformen im Interesse der Masse der Bevölkerung. Allerdings zeigt die ganze Geschichte der Arbeiterbewegung, dass der Kapitalismus nicht über Reformen, sondern nur auf revolutionäre Weise gestürzt werden kann – um den Weg frei zu machen für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft.

Wir gehen nicht davon aus, dass die Mehrheit von ArbeitnehmerInnen, Jugendlichen und sozial Benachteiligten schon in der nächsten Zeit für ein solches revolutionär-sozialistisches Programm zu gewinnen ist (allerdings wird die Unterstützung für diese Ideen in den kommenden Jahren – im Zuge des Niedergangs des Kapitalismus und verschärfter Klassenkämpfe – deutlich zunehmen und kann Einfluss gewinnen). Vielmehr erwarten wir, dass immer mehr Beschäftigte und Erwerbslose erstmal offen sind für eine neue Partei, die anders als die etablierten Parteien ihre Interessen vertritt – in der aber verschiedene Ideen vorgebracht und diskutiert werden. Die Resonanz auf die Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit und der Diskussionsbedarf darüber auf den Demos am 3. April oder am 1. Mai geben einen kleinen Hinweis darauf.

## Neue Massenpartei

Eine neue Massenpartei für lohnabhängig Beschäftigte und Erwerbslose wäre ein großer Fortschritt, selbst wenn diese am Anfang nicht für ein sozialistisches Programm eintreten würde. Endlich



Tinette Schnatterer ist Kandidatin der SAV / Offene Liste in Stuttgart zu den Kommunalwahlen am 13. Juni (siehe Seite 11).

könnte sich die arbeitende Bevölkerung unabhängig vom bürgerlichen Establishment politisch organisieren, kandidieren, Proteste vernetzen und Kämpfe führen. In einer solchen Partei könnten auch die Debatten über Ideen und Programme, darunter auch über die Frage der sozialistischen Alternative, intensiviert werden. Aus diesen Gründen würde sich die SAV daran aktiv beteiligen. Das ersetzt aber noch keine revolutionär-sozialistische Partei.

Die SAV tritt für den Aufbau einer

neuen Arbeiterpartei ein. Gleichzeitig setzen wir alles daran, die SAV weiter zu stärken. Je einflussreicher konsequente, sozialistische Kräfte bei der Entstehung einer neuen Arbeiterpartei sind, desto besser sind die Entwicklungsmöglichkeiten für eine solche Formation. Je klarer Analyse, Programm und Politik, je stärker Kampf- und Kampagnenbereitschaft gegen die bestehenden Verhältnisse, desto größer die Erfolgsaussichten. ●

Aron Amm ist Mitglied der SAV-Bundesleitung

# 99 Prozent Kampf

Wie weiter für die Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit?

**Die Bundesrepublik Deutschland hat eine neue politische Formation: die „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“.** Dazu haben sich die beiden Gruppen Wahlalternative 2006 und Initiative Arbeit und soziale Gerechtigkeit zusammengeschlossen. Beide Gruppierungen waren im März mit der Idee an die Öffentlichkeit getreten, eine neue wählbare politische Alternative zu bilden. Seitdem haben dutzende lokale Versammlungen stattgefunden, an denen tausende Menschen teilgenommen haben. 3.000 haben den Aufruf der Initiative ASG unterschrieben, über 10.000 den Newsletter der Wahlalternative abonniert und dadurch ihr Interesse und ihre Unterstützung bekundet. Die Debatte geht weiter: Wie soll eine neue linke Partei aussehen? Welches Programm soll sie annehmen? Wie soll sie aufgebaut sein?

von Sascha Stanicic, Berlin

Die InitiatorInnen sind einerseits Gewerkschaftsfunktionäre und Noch-SPD-Mitglieder, andererseits vor allem ehemalige und Noch-PDS-Mitglieder. Dazu gehören unter anderem der Schweinfurter IG-Metall-Bevollmächtigte Klaus Ernst, Uwe Hirsch, ehemaliger PDS-Bundesgeschäftsführer, und linke Wissenschaftler, wie zum Beispiel Herbert Schui. Sie vollziehen eine Entwicklung nach, die ein großer Teil der abhängig Beschäftigten, Erwerbslosen und Jugendlichen schon hinter sich hat: sie wenden sich von SPD und PDS ab.

Das ist richtig und wichtig, denn SPD- und PDS-Führung haben durch ihre Regierungspolitik im Bund beziehungsweise auf Landesebene unter Beweis gestellt, dass sie für Sozialkutschschlag, Privatisierungen und Lohnraub stehen. Ihre Politik orientiert sich an den Profitinteressen der Banken und Konzerne, nicht an den Lebensinteressen der Mehrheit der Bevölkerung. Es ist längst überfällig, dass eine starke Partei gebildet wird, die die Interessen der Mehrheit gegen die Profitinteressen der Minderheit vertritt.

Dazu ist die Bildung der *Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit* eine Chance. Doch nicht nur Ottmar Hitzfeld weiß, dass man Chancen auch vergeben kann.

## Kämpfen oder wählen?

Auf einer Veranstaltung zum Thema in Berlin schloss sich Uwe Hirsch einem SAV-Vertreter an, der sagte, die neue Partei müsse zu 99 Prozent aus Kampf und zu einem Prozent aus parlamentarischer Tätigkeit bestehen. Ein solches Selbstverständnis wäre eine wichtige Grundlage für den Erfolg einer neuen Partei. Jedoch ist dies unter den InitiatorInnen umstritten.

Liest man viele ihrer Aussagen und Positionen, wird klar, dass sie in erster Linie eine wahlpolitische Perspektive haben. Gerne wird dann vom „*parlamentarischen Arm sozialer Bewegungen*“ gesprochen. Dies impliziert aber eine Trennung von Bewegung und parlamentarischer Vertretung, die es nicht geben darf.

Eine neue Partei muss sich zum Ziel setzen, Massen zu organisieren. Die Massen, die heute schon in Gewerkschaften und sozialen Bewegungen aktiv sind. Die Massen, die an den Großdemonstrationen vom 3. April teilgenommen haben. Und die Massen, die heute noch voller Wut und mit geballter Faust in der Tasche die Tagesschau ansehen.

Nur wenn dies gelingt, kann eine neue Partei mit Bewegungen und Kämpfen (also mit den ArbeiterInnen und Jugendlichen, die diese tragen) verschmelzen

und wirklich politischer, und dann auch parlamentarischer Ausdruck, dieser Kämpfe und Bewegungen werden. Dazu muss sie selber Teil, und zwar vorwärtstreibender Teil, solcher Kämpfe werden. Das bedeutet auch in den Gewerkschaften für wirkliche Kampfmaßnahmen einschließlich Streiks einzutreten und das Co-Management konsequent abzulehnen.

## Welches Programm?

Die neue Partei muss konsequent Partei ergreifen – für die abhängig Beschäftigten, die Erwerbslosen, SozialhilfeempfängerInnen, Jugendlichen und RentnerInnen. Sie muss aber auch die Interessen der Frauen und ImmigrantInnen und anderer im Kapitalismus diskriminierter Teile der Bevölkerung vertreten.

Oberstes Gebot muss sein, keine Maßnahmen zu unterstützen, die sich gegen die Interessen dieser Mehrheit richten: keine Kompromisse, wenn es um Sozialabbau, Lohnraub, Arbeitszeitverlängerung, Privatisierungen, Entlassungen, Abbau demokratischer Rechte und ähnliches geht!

Statt dessen sollte die neue Partei ein Programm von Forderungen aufstellen, das darauf abzielt, den vorhandenen gesellschaftlichen Reichtum für die Mehrheit der Bevölkerung nutzbar zu machen.

## Zentrale Forderungen eines solchen Programms könnten sein:

- **Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich**
- **Drastische progressive Besteuerung von Gewinnen und Vermögen**
- **Ein milliardenschweres öffentliches Investitionsprogramm in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Verkehr, Umwelt und Soziales**
- **Rückführung privatisierter Betriebe und Einrichtungen in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die Beschäftigten**
- **Für öffentliche und kostenlose Bildungs- und Gesundheitswesen**
- **Für eine Mindestsicherung von 750 Euro netto plus Warmmiete und einen Mindestlohn von 2.000 Euro beziehungsweise 12 Euro brutto pro Arbeitsstunde**
- **Drastische Abrüstung und Stopp der Auslandseinsätze der Bundeswehr**

Die Umsetzung solcher Forderungen

wäre eine Mindestvoraussetzung, um die Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen und Schritte in Richtung soziale Gerechtigkeit zu erreichen.

Sie können nur durch eine massenhafte Bewegung der Arbeitenden und Erwerbslosen durchgesetzt werden. Massendemonstrationen, ziviler Ungehorsam, Streiks und Generalstreiks werden nötig sein, wenn wir dies erreichen wollen.

Aber im Rahmen der kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnisse sind diese Forderungen nicht dauerhaft umzusetzen. Es ist nicht nur die Gier und Arroganz der Kapitalisten und ihrer Vertreter in den Regierungen und Parlamenten, die zu Sozialkutschschlag und Arbeitslosigkeit führen. Es ist die Logik und die Krisenhaftigkeit des Systems selber. Die sich permanent verschärfende Weltmarktkonkurrenz zwingt die Kapitalisten eines jeden Unternehmens dazu immer kostengünstiger zu produzieren – und Kosten sind aus Sicht des Kapitals vor allem die Beschäftigten.

## Sozialismus?

Aus diesem Grund argumentiert die SAV dafür, dass eine neue Partei die kapitalistische Profitlogik nicht übernehmen darf und auf der Grundlage eines sozialistischen Programms agieren sollte.

Dem wird von den InitiatorInnen der Wahlalternative entgegen gehalten, es gehe darum eine möglichst breite Front gegen den Neoliberalismus zu schaffen und dabei auch bisherige AnhängerInnen der CDU / CSU einzubinden. Die Überwindung des Kapitalismus stehe nicht auf der Tagesordnung und antikapitalistische Verbalradikalität schrecke nur ab.

Dahinter steckt der Gedanke, im Rahmen des Kapitalismus, zumindest für eine gewisse Periode, den Neoliberalismus zurückzudrängen und soziale Reformen im Interesse der Beschäftigten und Erwerbslosen durchzusetzen. So heißt es in einem Papier der Wahlalternative: „Die entscheidende Frage ist nicht, ob eine politische Kraft den Kapitalismus abschaffen will, sondern welche Politik und Interessen sie hier und heute vertritt. Es geht darum, die vorherrschende sozial reaktionäre und aggressive Entwicklung des Kapitalismus aufzuhalten und eine andere Politik und Entwicklungsrichtung durchzusetzen. Voraussetzung dafür sind veränderte gesellschaftliche Kräfteverhältnisse, die auch neue soziale Kompromisse ermöglichen. Die Geschichte hat gezeigt, dass dies im Rahmen kapitalistischer Verhältnisse möglich, aber zugleich immer begrenzt und gefährdet ist.“

Diese Argumentation ist falsch, denn sie lässt außer acht, in welcher Phase sich der Kapitalismus befindet. „Soziale Kompromisse“, also soziale Errungenschaften, konnte sich die Arbeiterklasse entweder in kapitalistischen Aufschwungsperioden erkämpfen oder sie waren Nebenprodukt revolutionärer Kämpfe, wie die Erkämpfung des Acht-Stunden-Tages als Produkt der deutschen Novemberrevolution. In der heutigen Strukturkrise der kapitalistischen Weltwirtschaft ist der ökonomische Spielraum für weitgehende und dauerhafte „soziale Kompromisse“ einfach nicht gegeben.

Es ist auch falsch zu behaupten, die Frage „welche Politik und Interessen sie hier und heute vertritt“ sei von der Frage des programmatischen Charakters und Selbstverständnisses einer Partei zu trennen. Letztlich stellt sich die Frage, ob man die kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnisse, also den kapitalistischen Staat mit all seinen Institutionen und Gesetzen, die Marktwirtschaft und das Privateigentum an den Banken und



## Gegen „Teile und Herrsche“

Die Macht der Kapitalisten basiert auch auf einer vielfältigen Spaltung und einem erfolgreichen „gegeneinander ausspielen“ der Lohnabhängigen und Erwerbslosen: in Deutsche und Nichtdeutsche, Männer und Frauen, Homos und Heteros, Junge und Alte und so weiter.

Eine neue Partei muss sich gegen diese Spaltung stellen und versuchen, sie zu überwinden. Sie darf rassistischen, sexistischen und homophoben Vorurteilen nicht nachgeben, sondern muss für gleiche Rechte für alle in der Bundesrepublik lebenden Menschen eintreten und Forderungen wie gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Wahlrecht für alle hier dauerhaft lebenden Menschen, Wiederherstellung des Asylrechts und Bleiberecht für alle und so weiter eintreten. Sie muss sich auch aktiv in die Frauen-, Antifaschismus- und Antirassismus- sowie in die Schwulen- und Lesbenbewegung einbringen.

Das Argument, man solle sich auf die sozialen Fragen konzentrieren, ist richtig. Es wäre aber falsch – aus Rücksicht auf in Teilen der arbeitenden Bevölkerung existierende Vorurteile – auf eine antidiskriminierende Politik zu verzichten. Denn wir können gegen Regierung und Kapital nur erfolgreich sein, wenn wir gemeinsam kämpfen und uns nicht spalten lassen.

Konzernen, als Rahmen der eigenen Politik betrachtet oder ob man bereit ist, über diesen Rahmen hinaus zu gehen.

Zwei Beispiele: Die Beschäftigten des Waggonbauers Bombardier in Halle (Saale) kämpfen gegen die Schließung ihrer Fabrik. Diese ist wahrscheinlich nur dauerhaft zu retten, wenn die Eigentümer enteignet werden und der Betrieb in öffentlicher Hand fortgeführt wird. Gleichzeitig wäre es nötig einen Produktionsplan aufzustellen, der auf öffentlichen Investitionen im Verkehrswesen beruht. Im Rahmen des Kapitalismus: nicht machbar.

Zweites Beispiel: Berlin ist pleite. Die Banken verdienen sich dumm und dämlich an den Zinszahlungen des Landes. Der Senat garantiert die Gewinne für die Investoren bestimmter Fonds bei der Bankgesellschaft, die Zeche zahlt die Allgemeinheit durch Sozialkürzungen und Lohnraub im öffentlichen Dienst. Ein Ausweg aus dieser Situation ist nur denkbar, wenn die Macht der Banken gebrochen wird. Die Zinszahlungen müssten eingestellt werden, die Banken in öffentliches Eigentum überführt werden.

Sozialistische Politik bedeutet nicht nur die Perspektive einer grundlegenden Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu haben, sondern auch und insbesondere hier und heute entschieden und konsequent die Interessen der Lohnabhängigen und Erwerbslosen zu vertreten und sich in keiner Situation auf die kapitalistische Logik einzulassen. Die Notwendigkeit hier und heute mit kapitalistischen Prinzipien zu brechen ergibt sich aus den zu führenden Kämpfen.

## Was schreckt ab?

Die jahrzehntelange Präsentation der stalinistischen Diktaturen in Russland und der DDR als „real existierendem Sozialismus“ hat den Sozialismus in den Augen vieler Menschen diskreditiert. Natürlich gibt es heute noch keine Mehrheit in der arbeitenden Bevölkerung für „den Sozialismus“.

Das bedeutet aber nicht, dass sozialistische Parteien keine große Unterstützung gewinnen können. Viele internationale Erfahrungen sprechen eine andere Spra-

che: die niederländische Sozialistische Partei hat zehntausende Mitglieder gewonnen und ist im Parlament vertreten. Die Schottische Sozialistische Partei hat bei den letzten Wahlen sechs Prozent erzielt. In Frankreich haben bei den Präsidentschaftswahlen im vorletzten Jahr verschiedene KandidatInnen trotzkistischer Organisationen zusammen zehn Prozent der Stimmen erreicht. In Dublin (Irland) wurde Joe Higgins als Kandidat der dortigen Schwesterpartei der SAV ins nationale Parlament gewählt.

Wenn die KollegInnen in den Betrieben, die MieterInnen in den Stadtteilen, die Studierenden an den Hochschulen die Erfahrung machen, dass es die SozialistInnen sind, die Seite an Seite mit ihnen kämpfen und ihre Forderungen unterstützen, dann werden sie auch bereit sein, sie zu unterstützen, bevor sie selber zu überzeugten SozialistInnen geworden sind.

## Offene Debatten nötig

Die InitiatorInnen der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit haben unmissverständlich deutlich gemacht, dass sie keine sozialistische Partei gründen wollen – und das, obwohl sich viele von ihnen selber als SozialistInnen verstehen. Das ist ein Fehler. Die Akzeptanz der Marktwirtschaft erhöht die Gefahr, dass eine neue Partei den selben Weg geht, wie SPD, Grüne und PDS.

Die SAV tritt für eine offene und demokratische Debatte über das Programm der neuen Partei ein. Aufgabe von SozialistInnen in einer solchen Debatte ist es, geduldig zu erklären, was ein sozialistisches Programm bedeutet und wie dafür Unterstützung zu gewinnen ist. Gleichzeitig ist die Annahme eines sozialistischen Programms für die SAV keine Bedingung für unsere konstruktive Mitarbeit in einer neuen Partei, wenn diese tatsächlich keine Neuauflage der Vorgänger-SPD ist. Wenn sie kämpferisch ist und wichtige Teile der ArbeiterInnen und der Arbeiterklasse organisiert.

Sascha Stanicic ist Bundessprecher der SAV

## Für demokratische Strukturen

Die InitiatorInnen der Wahlalternative wollen einen Verein gründen, dessen Mitglieder zum Jahresende über die Gründung einer neuen Partei abstimmen sollen. Die SAV schlägt vor, dass dieser Verein von Beginn an das Ziel hat, eine Parteigründung vorzubereiten. Das bedeutet vor allem die Diskussion über Programm, Statut, Arbeitsweise demokratisch zu organisieren. Der Kongress am 20. Juni sollte dazu der erste Schritt sein. Er muss dazu genutzt werden, um die tausenden UnterstützerInnen und Interessierten tatsächlich in den Diskussions- und Entscheidungsprozess einzubeziehen.

Bisher wurden die Entscheidungen im kleinen Kreis gefällt und den BesucherInnen der lokalen Veranstaltungen nur präsentiert. Ab sofort sollten lokale Gruppen in Stadtteilen, Betrieben, Hochschulen gebildet werden, die sich vor Ort in die sozialen Auseinandersetzungen einbringen und die Diskussion über Programm, Struktur und Charakter der Partei führen können. Delegiertenversammlungen

sollten dann die Entscheidungen treffen.

Eine neue Partei sollte Kampagnen zu den brennenden sozialen Fragen organisieren: Arbeitszeitverlängerung, Sozialkutschschlag, Gesundheitsreform. Ihre AktivistInnen sollten offensiv in den Gewerkschaften für einen Bruch mit der SPD eintreten. Eine neue Partei muss die Idee einer anderen Politik offensiv propagieren. Dazu braucht sie schnellstmöglich eine Zeitung, die zumindest wöchentlich erscheint.

Eine neue Partei sollte sich auch in ihrer Struktur und ihren organisationalen Prinzipien von den etablierten Parteien unterscheiden. Wichtige Voraussetzungen für eine demokratische Struktur ist die jederzeitige Wahl- und Abwählbarkeit aller FunktionsträgerInnen. Um zu verhindern, dass sich eine zukünftige Parteiführung oder Parlamentsfraktion verselbständigt, sollten die Gehälter aller hauptamtlichen FunktionsträgerInnen und zukünftiger Abgeordneter auf einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn begrenzt werden.



# Internationale Erfahrungen beim Aufbau einer neuen Arbeiterpartei

## Der Kampf um eine Alternative zu Blairs New Labour

Europaweit betreibt die Sozialdemokratie heute Sozialkahltschlag. Ist es vor diesem Hintergrund möglich, eine neue politische Kraft zu schaffen? Diese Frage stellt sich derzeit in vielen Ländern. In England und Wales hat es bereits mehrere Versuche gegeben. Leider hat bisher keiner der Versuche dazu geführt, eine substanzielle und einflussreiche Alternative aufzubauen. Für die Diskussion in Deutschland kann es deshalb nur von Vorteil sein, aus den Erfahrungen in England und Wales zu lernen.

von Tanja Niermeier, London

Der jüngste Versuch besteht in Form der Respect Unity Coalition, die bei den Europawahlen und bei den Londoner Bürgermeisterwahlen eine Wahlalternative zu New Labour anbietet. Sie formiert sich in der Hauptsache um den wegen seiner Antikriegshaltung aus New Labour ausgeschlossenen Parlamentsabgeordneten George Galloway, den Globalisierungskritiker Monbiot, muslimischen Organisationen und die Socialist Workers Party (Schwesterorganisation von Linksruck).

Grundsätzlich hat die Socialist Party (Mitglied im Komitee für eine Arbeiterinternationale, CWI) diesen Schritt mit großem Interesse verfolgt, da das Potenzial für eine neue Arbeiterpartei in England und Wales in den vergangenen Jahren enorm gewachsen ist. Insbesondere Blairs bedingungslose Unterstützung für den Irakkrieg sowie die Erhöhung von Studiengebühren haben dazu geführt, dass er bei weiten Teilen der Bevölkerung vollständig diskreditiert ist.

### Respect

Problematisch ist die programmatische Ausrichtung von Respect. So konzentriert sich Respect nicht darauf, ein politisches Angebot an GewerkschafterInnen und andere von Blairs neoliberaler Politik Betroffene zu richten. Darüber hinaus orientiert Respect sogar auf muslimische Organisationen. Es ist richtig, dass es insbesondere nach dem 11. September eine verstärkte Hetzkampagne gegen MuslimInnen gegeben hat, der die Linke entschlossen entgegenzutreten muss. Das sollte jedoch kein Grund dafür sein, sich opportunistisch konservativen muslimischen Organisationen anzubiedern.

In Preston kandidiert ein ehemaliger Labour-Stadtrat

auf der Respect-Liste, der zuvor die Privatisierung von städtischen Wohnungen durchgeführt hat. Für die Mieter dieser Wohnungen wird das keine Ermutigung sein, Respect zu wählen.

In vielen Gewerkschaften finden derzeit Diskussionen statt, sich von New Labour zu lösen (in England, Wales und Schottland sind die Gewerkschaften organisch mit der Labour Party verbunden und zahlen Mitgliedsbeiträge an sie). In Schottland haben sich bereits einige Gewerkschaftsgliederungen der Scottish Socialist Party angeschlossen. Das ist ein historisch wichtiger Schritt. George Galloway bezieht zu diesem Lösungsprozess von Labour jedoch keine eindeutige Stellung, was den Prozess verlangsamt.

Ein weiterer Grund für die Skepsis der Socialist Party gegenüber Respect besteht in den Erfahrungen mit der SWP in der Socialist Alliance. Ende der neunziger Jahre hatte die Socialist Party die Initiative ergriffen, Sozialistische Bündnisse/Allianzen zu gründen. Die örtlichen Sozialistischen Allianzen, die auch auf nationaler Ebene eine Struktur bekamen, sollten die Kräfte auf der Linken bündeln, aber vor allen Dingen auch ein Angebot an diejenigen sein, die wütend über die neoliberale Politik der Blair-Regierung sind. Nachdem sie zunächst gar nicht in der Socialist Alliance vertreten war, stand die SWP nach ihrem Eintritt für eine „top-down“ Herangehensweise. Durch ihre zahlenmäßige Überlegenheit gelang es ihnen das Bündnis zu dominieren und es in eine Socialist-Workers-Party-Frontorganisation zu verwandeln.

Die SWP hat ihre Herangehensweise bei Respect nicht geändert. Wir wurden zunächst nicht mal zu Gesprächen eingeladen, obwohl die Socialist Party mit fünf Stadträten in Coventry und London-Lewisham die einzige sozialistische Kraft in England und Wales mit parlamentarischer Vertretung ist. In Coventry organisierte Respect eine Veranstaltung, ohne die Stadträte der Socialist Party einzuladen. Dabei hätten diese durch ihren Bekanntheitsgrad und ihr Ansehen dazu beitragen können, der Veranstaltung zu einem größeren Erfolg zu verhelfen.

### Erfolge für SozialistInnen

Dass ein konsequentes sozialistisches Programm Zustimmung findet, zeigen gerade die letzten Wahlerfolge der Socialist Party. In Coventry wird die Socialist Party



Ahm ... die gute Nachricht ist, das 55 Prozent für einen Wechsel des Regimes sind ... die schlechte Nachricht ist ...

seit mehreren Jahren mit jedes Mal verbesserten Stimmenergebnissen wiedergewählt. Voraussetzung für diese Wahlerfolge in London und Coventry ist eine konsequente Kampagnentätigkeit mit AnwohnerInnen gegen kommunale Kürzungen. Wenn SozialistInnen gemeinsam mit Beschäftigten, MieterInnen oder von Schließung ihrer Einrichtungen Betroffenen Widerstand leisten, effektive Kampfvorschläge machen und mit umsetzen, dann stellt der Sozialismus-Begriff im Parteieinamen und im Programm kein Hindernis dar. Im Gegenteil. In der realen Auseinandersetzung steigt das Interesse, die Frage von grundlegenden Alternativen zum kapitalistischen System und seinen Folgen zu diskutieren. Das hilft zum einen, dem konkreten Kampf eine Perspektive zu geben und zum anderen, über diesen Konflikt hinaus eine Vorstellung zu haben, worauf hingearbeitet werden muss.

In England und Wales haben sich bislang erfolgversprechende Ansätze für eine politische Alternative zu New Labour hinausgezögert. Dennoch wird diese Notwendigkeit immer klarer gesehen. Das zeigt sich nicht zuletzt an einem Aufruf aus Liverpool: Von 1983 bis '87 gab es dort einen sozialistischen Stadtrat (CWI-Mitglieder hatten die dortige Labour Party für marxistische Positionen gewonnen), der die Sozialausgaben massiv steigerte, die Arbeitszeit im öffentlichen Dienst bei enormen Lohn- und Personalausgleich senkte und dafür die Stadt gegen die konservative Thatcher-Regierung mobilisierte. Diese ehemaligen 47 sozialistischen Stadträte von Liverpool haben sich mit den Liverpooler Hafenarbeitern, die Mitte der neunziger Jahre einen jahrelangen Kampf von internationaler Bedeutung organisierten, zusammengesetzt. Gemeinsam rufen sie zum Aufbau einer neuen sozialistischen Arbeiterpartei auf.

## Revolutionäre Linke in Frankreich – Motor oder Bremse?

Spätestens seit dem Wahlerfolg bei den Präsidentschaftswahlen 2002 (zehn Prozent für die drei trotzkistischen Organisationen LO, LCR und PT\*) und der darauf folgenden Massenbewegung gegen Le Pen und die Front National (FN) wird die Situation in Frankreich europaweit in der Linken diskutiert. Was sind die Perspektiven für den Aufbau einer neuen Arbeiterpartei? Was macht die revolutionäre Linke aus ihren Wahlerfolgen? Warum unternehmen weder LO noch LCR konkrete Schritte in Richtung einer neuen Interessensvertretung für die Arbeiterklasse und die Jugend, obwohl das Potenzial dafür vorhanden ist?

von Olaf van Aken, Rouen

Frankreich ist eines der europäischen Länder, in denen die Radikalisierung der Arbeiterklasse und der Jugend am weitesten fortgeschritten ist. Die Massenbewegung gegen die FN 2002 (Le Pen trat im zweiten Wahlgang gegen Chirac an) und die beeindruckende Streikbewegung im öffentlichen Dienst im Mai/Juni 2003 haben dies deutlich zum Ausdruck gebracht. Beide Bewegungen haben die Frage nach einer politischen Alternative zum Kapitalismus, zu Rassismus und Sozialabbau aufgeworfen: die Frage nach einer neuen Arbeiterpartei. Im März diesen Jahres fanden landesweit Landtagswahlen statt, bei denen LO und LCR mit einer gemeinsamen Liste kandidierten. Vor dem Hintergrund massiver Angriffe der konservativen Regierung Raffarin (Zerschlagung des Gesundheitssystems, Privatisierungen, Einschränkung demokratischer Rechte, etc.) und der enormen Wut und Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse hätten die Wahlen LO/LCR ein Hebel sein können, um die isolierten Kämpfe und Streiks zusammenzuführen und den Aufbau einer neuen Ar-

beiterpartei konkret in Angriff zu nehmen.

### Eine weitere verpasste Gelegenheit

Die Wahlkampagne von LO und LCR beschränkte sich jedoch völlig auf die Wahllebene. Mit dem Illusionen schreienden Hauptlogan „Verbot von Entlassungen“ waren beide Kräfte nicht in der Lage, ArbeiterInnen und Jugendlichen eine klare Perspektive anzubieten. Weder in ihrem Material noch bei ihren Veranstaltungen wurde erklärt, wie eine starke Bewegung gegen die Angriffe der Regierung aufgebaut werden kann, wie neue unorganisierte Schichten der Arbeiterklasse und der Jugend einbezogen werden können. Die Notwendigkeit einer neuen Arbeiterpartei wurde konsequent ausgeklammert und eine sozialistische Alternative, wenn überhaupt, nur plakativ erwähnt. Beide Organisationen haben keinen gemeinsamen Wahlkampf auf der Straße geführt und sind nicht offensiv auf im Kampf stehende oder neue Schichten der Arbeiterklasse zugegangen. Des weiteren waren die Wahllisten nicht offen für Interessierte, die Wahlplattform und die KandidatInnen wurden von den führenden Gremien ausgehandelt. Diese Faktoren haben dazu geführt, dass die Wahllisten LO / LCR landesweit „nur“ fünf Prozent (circa eine Million Stimmen) erreicht haben, sie keinen Anziehungspunkt darstellen und somit das riesige Vakuum auf der Linken bestehen bleibt. Vor den Wahlen lagen LO / LCR in Umfragen in vier Regionen bei mehr als zehn Prozent. Viele AktivistInnen haben gehofft, dass die gemeinsame Kandidatur ArbeiterInnen und Jugendliche ermutigen kann, für ihre Interessen aktiv zu werden. Gehofft, dass die Zusammenarbeit beider Kräfte in den Aufbau einer breiteren Arbeiterpartei münden könnte.

### Europawahlen und Streiks

Auch nach den Wahlen brachten VertreterInnen bei-

der Organisationen ihr mangelndes Verständnis für die aktuellen Aufgaben der Arbeiterbewegung, für die politische Lage zum Ausdruck. Auf die Frage, welche Perspektive LO nach den Wahlen habe, antwortete Arlette Laqueuiller (Kandidatin und Sprecherin von LO): „Wir kandidieren gemeinsam mit der LCR für die Europawahlen“. Olivier Besancenot, Sprecher der LCR, unterstrich den Anbiederungskurs der LCR an die „Linke“, vor allem an die französische Sozialdemokratie, die Sozialistische Partei (PS): „Die Politik der Regierung Raffarin ist massiv sanktioniert worden, jetzt ist es Aufgabe der PS zu handeln.“

Mit anderen Worten: nach wie vor weigern sich beide Kräfte, der Arbeiterklasse eine klare Alternative anzubieten, gemeinsam eine neue Arbeiterpartei aufzubauen, die Zigttausende ansprechen, mobilisieren und organisieren könnte. Den 1. Mai beging LO ohne eigenes Flugblatt und in dem der LCR war zu lesen: „Raffarin sollte aus Respekt vor der Demokratie zurücktreten.“ Es ist klar, dass die Kampagne für die Europawahlen mit dieser Herangehensweise nicht zum Erfolg werden kann. In Umfragen liegen LO / LCR bei vier Prozent. Und das ist paradoxerweise vor dem Hintergrund zu sehen, dass sich die Streiks in verschiedenen Bereichen gegen die Angriffe der Regierung häufen: Krankenkassenbeschäftigte am 6. Postler und Eisenbahner am 13., LehrerInnen am 25. Mai, Beschäftigte von EDF-GDF (staatliche Elektrizitäts- und Gaswerke), Metallarbeiter, Feuerwehrleute und Beamte am 27. Mai. Auch hier gibt es keinen Versuch, seitens LO und LCR, die isolierten Streiks und Kämpfe in einen einträgigen Generalstreik zusammenzuführen. Obwohl beide Kräfte viele Betriebsräte in ihren Reihen haben, über einen gewissen Einfluss in Gewerkschaftsgliederungen verfügen, akzeptieren sie die Taktik der Gewerkschaftsführungen, einen Bereich nach dem anderen zum Streik aufzurufen und somit eine massive Bewegung abzu-

würgen. Ein kleines Beispiel: Mitglieder von LO und LCR haben in einer Gliederung der CGT (der Kommunistischen Partei nahestehende Gewerkschaft) in Paris gegen einen Antrag der Gauche Révolutionnaire (Schwesterorganisation der SAV) gestimmt, der einen einträgigen Generalstreik am 27. Mai vorschlug.

### Ausblick

Mangels einer politischen Alternative in Form einer neuen Arbeiterpartei kann die konservative Regierung mit ihrem neoliberalen Kurs fortfahren. Diese fehlende Alternative ist auch ein Hindernis für den Aufbau einer starken Streikbewegung, so dass die Gewerkschaftsführungen es derzeit noch schaffen, die Kontrolle über die organisierte Arbeiterklasse zu behalten. Bedauerlicherweise sind LO und LCR keine Hilfe für die Beschäftigten, diese festgefahrene Situation aufzubrechen. Da sie Einfluss auf Teile der radikalisierten ArbeiterInnen und Jugendlichen haben, sind sie mit ihrer jetzigen Politik eine Bremse für den Entstehungsprozess einer neuen Arbeiterpartei. Es wird jedoch in der Zukunft zu großen Kämpfen gegen die katastrophalen Auswirkungen des Kapitalismus kommen. In diesen Kämpfen wird die Arbeiterklasse alle Hindernisse und bremsenden Faktoren beiseite schieben und sich ihre eigene Partei schaffen. Die Gauche Révolutionnaire ist heute die einzige politische Kraft in Frankreich, die eine Vereinheitlichung der isolierten Kämpfe vorschlägt und konsequent für die Schaffung einer neuen Arbeiterpartei kämpft. Wir verteidigen die Notwendigkeit offener und demokratischer Strukturen für eine solche Partei und treten für ein sozialistisches Programm ein.

\* LCR – Ligue communiste révolutionnaire (Kommunistisch-revolutionäre Liga)  
\* LO – Lutte ouvrière (Arbeiterkampf)  
\* PT – Parti des Travailleurs (Arbeiterpartei)

## Mach mit bei den SozialistInnen!

- Ich möchte weitere Informationen über euch.
- Ich möchte die **Solidarität - Sozialistische Zeitung** abonnieren. (Kosten und Bedingungen für das Abo: 15 Euro für ein Jahr innerhalb Deutschlands, 20 Euro für ein Jahr außerhalb Deutschlands. Das Abo verlängert sich nach Ablauf um ein weiteres Jahr und kann jederzeit gekündigt werden.)
- Ich möchte ein **Förderabo der Solidarität - Sozialistische Zeitung** mit einer monatlichen Spende von \_\_\_\_\_ Euro (ab 3 Euro pro Monat).
- Ich will Mitglied der SAV werden.

Name \_\_\_\_\_ Straße \_\_\_\_\_ Postleitzahl / Ort \_\_\_\_\_ Telefon / Email \_\_\_\_\_

Dazu ermächtige ich – jederzeit widerruflich – die SAV, 15 Euro / 20 Euro oder meine regelmäßige Spende von meinem Konto einzuziehen.

Name Kontoinhaber/In \_\_\_\_\_ Kontonummer \_\_\_\_\_ Bank \_\_\_\_\_ Bankleitzahl \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

Bitte senden an: SAV, Littenstraße 106/107, 10179 Berlin

**Beilage der Solidarität Sozialistische Zeitung**

Überregionale Monatszeitung vormals VORAN, erscheint seit 1973, seit April 2002 als **Solidarität - Sozialistische Zeitung**

Ercheinungsweise: Monatlich, Druck: Caro Druck GmbH, Frankfurt a.M. Bankverbindung: Postbank Essen (BLZ 360 100 43), Konto 2500 59 430 Herausgeber: Sozialistische Alternative (VORAN) e.V.

Verantwortlicher Redakteur: Stephan Kimmeler, Littenstr. 106/107, 10179 Berlin, Tel.: 030 - 247 238 02, Fax: 030 - 247 238 04, eMail: redaktion@sav-online.de

**www.sozialismus.info**